Friedrichs des Großen Annäherung an England im Jahre 1755

und

die Sendung des Herzogs von Nivernais nach Berlin.

Dissertation

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Gießen

zur

Erlangung der Doctorwürde

vorgelegt von

Adam Heußel.

Gießen
J. Ricker'sche Buchhandlung
1896.

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

Meinen lieben Eltern.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41538110_0111

Der Friedensschluß von Aachen hatte dem langjährigen Kriegsgetümmel in Europa ein Ende gemacht und den König Friedrich II. von Preußen im Besitze seiner neuerworbenen Provinz bestätigt. Allein in Wirklichkeit war nicht ein dauernder Friede, sondern nur ein Waffenstillstand geschaffen worden, welchen die europäischen Mächte benutzten, um sich für den kommenden neuen Zusammenstoß zu rüsten. Insbesondere war Österreichs Politik während der folgenden Jahre unablässig darauf gerichtet, Preußen zu isolieren, um das „teure" Schlesien bei der ersten Gelegenheit zurückzuerobern und durch eine vollständige Niederwerfung des verhaßten Preußenkönigs sich ein für allemal vor dessen Angriff sicher zu stellen. Zu diesem Zweck hatte Maria Theresia schon im Jahre 1746 mit der Kaiserin Elisabeth von Rußland ein Defensivbündnis abgeschlossen, dessen Spitze durch besondere Geheimartikel auf die Vernichtung der neu erstandenen deutschen Großmacht abzielte. Außerdem suchte Graf Kaunitz schon bei den Friedensverhandlungen zu Aachen und dann als österreichischer Gesandter am französischen Hof diesen Verbündeten des Königs Friedrich auf Österreichs Seite hinüberzuziehen, jedoch ohne Erfolg.

Eine ganz unverantwortliche Rolle spielte in dieser Zeit König Georg II. von England, der Kurfürst von Hannover, gegenüber dem König von Preußen. Während der ganzen Dauer des österreichischen Erbfolgekriegs war die Neutralität des Kurfürstentums gewahrt worden, obwohl ringsum der Krieg tobte, und zwar hatte das der König-Kurfürst niemand anders zu verdanken als seinem Neffen, Friedrich dem Großen, von welchem allein das Schicksal Hannovers bei einem Krieg auf dem Festlande vollständig abhängig war. Man hätte deshalb erwarten sollen, die Politik Georgs II. würde vor allem auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Preußen bedacht sein, aber statt dessen hetzte und wühlte der König-Kurfürst, der seit 1750 den Hauptartikeln jenes Petersburger Vertrags von 1746 beigetreten war, ohne ernsten Anlaß jahrelang gegen den König von Preußen wie gegen einen Erbfeind[1]) und war darauf bedacht,

[1]) Oncken, Das Zeitalter Friedrichs des Großen, II, 28.

durch einen besonderen Vertrag mit Rußland die Macht desselben herabzudrücken. Seit 1750 waren von beiden Seiten die Gesandten abberufen worden und die folgenden Jahre hatten die gegenseitige Spannung noch gesteigert. Jedoch scheiterten die englisch-russischen Subsidienverhandlungen im Jahre 1754 an der maßlosen Höhe der Forderungen, welche Rußland stellte.

Friedrich der Große kannte die Ziele, welche die Politik der beiden kaiserlichen Höfe von Wien und Petersburg verfolgte, recht wohl; er war sich dessen wohl bewußt, daß der Kampf zwischen ihm und Maria Theresia noch nicht endgiltig ausgefochten sei. Doch hegte er darüber zunächst keine großen Befürchtungen, weil er der Überzeugung lebte, Rußland könne ohne reiche Geldhilfe seine schwerfälligen Kriegsmassen nicht in Bewegung setzen, Österreich allein aber werde es nicht wagen, dem zweimal siegreichen Gegner einen neuen Waffengang anzubieten.

Als aber gegen Ende des Jahres 1754 und am Anfang 1755 der Krieg zwischen Frankreich und England um ihre Besitzungen in Amerika sich immer mehr als unvermeidlich erwies und die Gefahr eines allgemeinen Krieges drohte, zweifelte Friedrich keinen Augenblick daran und erfuhr es durch positive Nachrichten[1]), daß Englands erste Sorge die sein werde, sich die bewaffnete Hilfe Österreichs und Rußlands auch unter den schwersten Geldopfern zu erkaufen. Ebenso gewiß war es ihm zugleich, daß der Hof von Wien bei der ersten Gelegenheit diese furchtbare Koalition gegen den Eroberer Schlesiens ausspielen werde. Da Frankreich der Aufbietung seiner ganzen Macht bedurfte, um den Engländern nur einigermaßen das Gleichgewicht zu halten, so konnte Preußen von seinem Bundesgenossen so gut wie gar keine Hilfe erwarten und blieb einem gleichzeitigen österreichisch-russischen Angriff allein ausgesetzt.

Dieser Gefahr gegenüber seine eigne Stellung, seine eigne Überlegenheit zu sichern, war das Ziel, welchem Friedrich im Jahre 1755 seine unermüdliche diplomatische Thätigkeit widmete. Durch den Abschluß der Neutralitätskonvention mit England vom 16. Januar 1756 glaubte er, dieses Ziel erreicht zu haben. Denn er gedachte, einerseits damit die vom englischen Gelde abhängigen Russen kampfunfähig zu machen, andrerseits erblickte er in seiner Verbindung mit England kein Hindernis für die Erneuerung seines Bündnisses mit Frankreich, welches er im Jahre 1741 auf fünfzehn Jahre abgeschlossen hatte. Allein gerade in dem letzten Punkte hatte sich Friedrich getäuscht; sein ganzes System sollte an der Haltung Frankreichs, seines alten Bundesgenossen, scheitern.

---

[1]) Politische Korrespondenz, XI, 97, 98.

I.

Noch vor zwei Jahren hat über die Frage nach dem Ursprung des siebenjährigen Krieges unbestritten die Ansicht geherrscht, Friedrich der Große habe im Herbst 1756 nur widerwillig das Schwert ergriffen; er habe sich gezwungen gesehen, dem Anschlage der Österreicher und Russen, welche im nächsten Frühling mit vereinten Kräften über ihn herzufallen gedachten, durch einen raschen Handstreich zuvorzukommen. Nachdem im Gegensatz zu dieser Meinung Max Lehmann[1]) nachzuweisen versucht hat, daß König Friedrich nicht notgedrungen, sondern in der Absicht, Sachsen zu erobern, den Krieg begonnen habe, daß also bei dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges zwei Offensiven aufeinander gestoßen seien, verfolgt Friedrich Luckwaldt (Die Westminsterkonvention, Preußische Jahrbücher 1895, Band 80, Seite 230 bis 267) die preußische Politik zurück in das Jahr 1755 und glaubt, schon in dieser Zeit aus der diplomatischen Thätigkeit des Preußenkönigs kriegerische Absichten herauslesen zu müssen. Luckwaldt versucht nachzuweisen[2]), Friedrich „habe im Frühjahr und Sommer 1755 auf alle Weise einen europäischen Krieg anzuzetteln gestrebt"; [seine Hauptbeweispunkte sind: der Wunsch Friedrichs, ein Bündnis mit der Pforte und mit Dänemark zu schließen, sowie der Versuch, Frankreich zu einem Angriff gegen die österreichischen Niederlande und das Kurfürstentum Hannover zu bewegen.] Dann wirft Luckwaldt bei der Beurteilung der Westminsterkonvention die Frage auf: „Können wir annehmen, daß er jetzt (Anfang Dezember 1755) diesen Plänen entsagt und den Arm mit dem Ölzweig über die staunende Welt ausgereckt hätte?" — Das wohl nicht; aber wenn gerade aus den eignen Äußerungen Friedrichs über seinen Vertrag mit England dennoch hervorgehen sollte, daß er keine kriegerischen Absichten mit demselben verfolgte, müssen da nicht Bedenken in uns aufsteigen, ob er denn wirklich „im Frühling und Sommer (1755) auf alle Weise einen europäischen Krieg anzuzetteln gestrebt habe?" Von diesem Standpunkt aus halte ich das angedeutete Verfahren, welches Luckwaldt einschlägt, von vornherein für verfehlt. Allerdings sucht er seine Schlußfolgerung nachträglich zu stützen, indem er den Äußerungen Friedrichs über die Westminsterkonvention eine entsprechende Auslegung giebt. Aber wenn man ein richtiges Urteil über die Tendenz dieses Vertrages gewinnen will, so ist es doch eine Forderung der Gerechtigkeit, vor

---

[1]) Max Lehmann: Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges, 1894.

[2]) Preuß. Jahrbücher, Bd. 80, S. 266.

allem und zuerst des Preußenkönigs eigne Meinung über seine Konvention mit England zu vernehmen und seine Äußerungen zu prüfen; erst von hier aus ist ein richtiges Verständnis für die politischen Schachzüge des Jahres 1755, welche in der Westminsterkonvention ihren Abschluß finden, zu erlangen.

Über die Art und Weise, in welcher Friedrich seinen Vertrag mit dem König-Kurfürsten auffaßt, haben wir ein unzweifelhaftes Zeugnis in dem auch von Naudé[1]) und Max Lehmann citierten Briefe des Königs an seinen eignen Bruder, den Prinzen August Wilhelm; Friedrich schreibt am 19. Februar 1756[2]): „Ich habe mich in einer sehr peinlichen Lage befunden und bin gewissermaßen noch in einer Klemme, aus welcher mich nur große Vorsicht und Geschicklichkeit befreien kann. Ich habe das beste gethan, was ich nach meiner Einsicht thun konnte, aber oft ist eine Täuschung dennoch nicht ausgeschlossen; was mich für dieses Mal alles Gute hoffen läßt, ist die Thatsache, daß die Bestürzung in Wien gar nicht größer sein könnte, ein sicheres Zeichen, daß unsre Feinde durch meinen Schritt viel zu verlieren glauben; und falls es richtig ist, daß man wohl fährt, wenn man den Wünschen seiner Feinde geradeswegs entgegenhandelt, so glaube ich, in der Hauptsache das Richtige getroffen zu haben. Jetzt handelt es sich nur noch darum, das Werk zu feilen, es zu vervollständigen und die nötigen Verbesserungen anzubringen; ich versichere Sie, daß ich mich aus aller Kraft darum bemühe und kein Mittel scheue, um eine furchtbare Liga zu sprengen, unter welcher früher oder später unser Staat hätte erliegen müssen; das ist dieselbe Politik, durch welche die Römer ihre Feinde entzweiten und, indem sie einen nach dem andern schlugen, alle besiegten. Dieses Jahr, das ich meines Erachtens gewonnen habe, ist mir so viel wert wie fünf der vorausgehenden, und wenn ich in der Folgezeit den kriegführenden Mächten als Vermittler dienen kann, so werde ich Preußen die größte Rolle verschafft haben, welche es in Friedenszeiten spielen kann; und schlagen Sie für gar nichts an das Vergnügen, der Königin von Ungarn Fesseln anzulegen, Sachsen zu demütigen oder, besser gesagt, zu vernichten[3]) und Bestushew zur Verzweiflung zu bringen? Das sind die Folgen, welche ein kleiner Federstrich haben wird."

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Friedrich in diesem Schreiben ohne jeden Rückhalt seine wahre Meinung sagt; seine Ausdrucksweise zeigt, wie er sich so ganz gehen läßt und seinen Gefühlen gar keinen Zwang anthut. Des-

[1]) Naudé: Friedrich der Große vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges, Histor. Zeitschrift, Bd. 55 und 56.

[2]) Pol. Korr. XII, 125.

[3]) Lehmanns Erklärung von anéantir, vernichten = annektieren ist meines Erachtens ganz willkürlich.

halb ist hier der Maßstab zu suchen für die richtige Beurteilung des preußisch-englischen Vertrages und der Politik, welche auf die Westminsterkonvention hinauslief.

Freilich Luckwaldt[1]) meint: „Die merkwürdige Art, wie der König seit Dezember von seinen Unterhandlungen mit England und später von deren Resultat spricht, spricht gegen eine friedliche Absicht der Neutralitätskonvention; wie er sich mit so innigem Behagen die bestürzten sorgenvollen Gesichter der österreichischen Staatsmänner ausmalt; wie er triumphiert, durch einen kleinen Federstrich Sachsen zu vernichten, die Kaiserin-Königin zum Rasen, Bestuschew zur Verzweiflung zu bringen. Das ist doch nicht die innere Befriedigung eines Mannes, der sich um die Ruhe Europas wohlverdient gemacht hat, es ist ein siegesgewisses Frohlocken, in das sich unverhohlene Schadenfreude mischt." Daraus zieht Luckwaldt den Schluß, der Zweck der Westminsterkonvention sei nicht die Erhaltung des europäischen Friedens, und zum Beweis für die kriegerische Tendenz derselben hebt er noch besonders hervor den Vergleich, welchen Friedrich zieht zwischen seinem letzten diplomatischen Schachzug und der Politik der Römer, ferner sein Streben, Österreich zu isolieren und Sachsen herabzudrücken.

Aber sind das wirklich Beweise für das, was Luckwaldt beweisen will? Ist es ein Beweis von kriegerischen Absichten, wenn Friedrich glaubt, eine seinen Feinden überlegene Stellung gewonnen zu haben? Allerdings spricht aus seinen Worten „ein siegesgewisses Frohlocken, in das sich unverhohlene Schadenfreude mischt", aber darf man ihm das verargen, nachdem er „den diplomatischen Feldzug des Jahres 1755" nach seiner Meinung mit einem fast vollständigen Siege beendigt hatte? Kann man ihm seine „Schadenfreude" übel nehmen, wenn er den Anschlägen, den Vernichtungsplänen seiner Feinde Österreich, Rußland und Sachsen einen Riegel vorgelegt zu haben glaubt? Ist es nicht begreiflich, wenn Friedrich im Hochgefühl seines diplomatischen Sieges sich mit den alten Römern vergleicht? Luckwaldt hätte außerdem bedenken sollen, daß es einige Zeilen vor diesem Vergleich heißt: der Vertrag habe die Rettung aus einer sehr peinlichen Lage gebracht, derselbe sei ein Mittel, um eine Liga zu sprengen, unter welcher früher oder später der preußische Staat hätte erliegen müssen; er hätte ebenso beachten sollen, daß einige Zeilen nach jenem Vergleich Worte stehen, welche die innere Befriedigung über die friedenvermittelnde Stellung des preußischen Staates aussprechen. —

Zwar behauptet Friedrich keineswegs, durch die Westminsterkonvention die Ruhe Europas für immer vollständig gesichert zu haben, sie ist ihm vielmehr

---

[1]) A. a. O. S. 266.

vor allem ein Mittel für seine eigne Sicherheit und Überlegenheit; aber kriegerische Absichten lassen sich aus dem angeführten Briefe schlechterdings nicht herauslesen.

Von diesem Standpunkte aus drehen wir nun die Frage Lückwaldts um und sagen: Können wir annehmen, daß der, welcher am Ende des Jahres 1755 den Arm mit dem Ölzweig über Europa ausrecken wollte, wirklich im Frühling und Sommer desselben Jahres auf alle Weise einen europäischen Krieg anzuzetteln gestrebt habe?

Bedenken wir zunächst, was den König Georg von England bewogen hatte, die Freundschaft seines preußischen Neffen nach mehreren Jahren gegenseitiger Spannung wieder zu suchen und die Westminsterkonvention abzuschließen: nichts anderes als die Besorgnis um sein deutsches Stammland, die Furcht vor einem französischen oder preußischen Angriff auf das Kurfürstentum Hannover. Sollte nicht Friedrichs diplomatische Thätigkeit im Frühling und Sommer 1755 gerade darauf gerichtet gewesen sein, dem König-Kurfürsten Angst zu machen und ihn zum Anschluß an Preußen zu zwingen? Diese Frage ist der Schlüssel, welcher uns das Geheimnis der Politik Friedrichs des Großen seit dem 5. April 1755 erschließt.

Unter diesem Datum ergeht nämlich an Knyphausen, den preußischen Gesandten in Paris, ein königlicher Erlaß, in welchem es heißt[1]): „Wenn der Krieg zwischen Frankreich und England unvermeidlich ist, so wird der König von England denselben ohne Zweifel allgemein machen wollen; nun ist mir der Gedanke gekommen, ob es für Frankreich nicht ratsam sei, für den Fall, daß ihm der König von England den Krieg erklärt, vor allem ein ziemlich starkes Truppenkorps sofort direkt in das Land Hannover zu schicken, um es zu besetzen, und dann diesen Fürsten zu fragen, ob er nicht lieber den Frieden wiederherstellen wolle. Obwohl es mir sehr erwünscht wäre, daß Sie Herrn Rouillé eine solche Eröffnung machen, müssen Sie es doch mit aller Geschicklichkeit und Vorsicht thun, um diesem Minister keinen Anlaß zu dem ungerechten Verdacht zu geben, als wollte ich die Spannung zwischen Frankreich und England steigern und das Feuer anblasen. — Fügen Sie hinzu: damit Frankreich mit einer solchen Unternehmung Erfolg habe, müsse dieselbe unmittelbar nach der Kriegserklärung des Königs von England vor sich gehen.“ Den gleichen Vorschlag machte Friedrich an demselben Tage (5. April) dem französischen Gesandten La Touche in Berlin.[2])

---

[1]) Pol. Korr. XI, 106. 107.

[2]) Duc de Broglie: L'alliance autrichienne, Revue des deux mondes 125, 17. Koser: König Friedrich der Große, I, 572.

Welche Absicht verfolgte der König mit diesem Rat? Sollte er wirklich erwartet haben, ein französischer Angriff gegen Hannover werde die Engländer zum Frieden zwingen? Wußte er doch recht wohl, welches Ärgernis die Vorliebe des Königs Georg für sein deutsches Stammland und seine alljährlichen Reisen dorthin im englischen Volk wie bei den englischen Staatsmännern erregte.[1]) Sollte Friedrich da wirklich geglaubt haben, England werde seine nationalen Interessen in Amerika um des Kurfürstentums Hannover willen preisgeben? —

Auf seinen Vorschlag erhielt Friedrich von der französischen Regierung die ganz natürliche Antwort, er möge beim Ausbruch des Krieges den Angriff gegen Hannover nicht nur unterstützen, sondern überhaupt ganz auf sich nehmen.[2])

Man würde dem König von Preußen eine große Kurzsichtigkeit zutrauen, wenn man annehmen wollte, er sei auf diese Antwort nicht gefaßt gewesen. Aber für ihn selbst war jede Unternehmung gegen Hannover ein Ding der Unmöglichkeit. Hätte Friedrich irgend etwas in feindlicher Absicht gegen das Kurfürstentum unternommen, so wäre das nichts anderes als ein offener Reichsfriedensbruch gewesen; demselben wäre unmittelbar die Reichsacht gefolgt, und Maria Theresia hätte sich diese Gelegenheit sicherlich nicht entgehen lassen, um das ganze Reich, Rußland und England gegen Preußen ins Feld zu führen und ihre längst gehegten Pläne zur Verwirklichung zu bringen.

Aber auch für Frankreich war eine Unternehmung gegen Hannover mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden. Eine französische Armee konnte nicht nach Hannover gelangen ohne die Zustimmung der rheinischen Fürsten. Außerdem hatte der Kaiser als Schirmherr des Reiches die Pflicht, das Kurfürstentum gegen jeden feindlichen Angriff zu schützen. Der Hof von Wien wäre dieser Pflicht um so lieber nachgekommen, als sich auch in diesem Falle die günstige Gelegenheit geboten hätte, die durch englisches Geld so schnell wie möglich mobil gemachten Russen nach Deutschland zu rufen und den König von Preußen in den allgemeinen Krieg hineinzuziehen.

Beides also, ein preußischer ebenso wie ein französischer Angriff gegen Hannover, hatte einerseits wenig Einfluß auf die Entscheidung des englisch-französischen Kolonialkrieges, andrerseits seine großen Schwierigkeiten und Gefahren, namentlich für Preußen.

Es ist nun ein Irrtum von Luckwaldt[3]), wenn er meint, Friedrich hätte in seiner Antwort auf die französische Zumutung als Diplomat ganz ungescheut

[1]) Pol. Korr. X, 211, 232.
[2]) Pol. Korr. XI, 144, 148.
[3]) A. a. O. S. 235.

die Gefahr eines allgemeinen Krieges als den Grund angeben können, der ihm einen Angriff gegen das Kurfürstentum unmöglich mache. Nein, das konnte er nicht, er konnte die französische Forderung, nachdem er selbst den Rat zu einer Unternehmung gegen Hannover gegeben hatte, nicht kurzer Hand zurückweisen, ohne Mißtrauen zu erregen. Vielmehr mußte er sich den Anschein geben, als ob er unter gewissen und zwar „nicht unerfüllbaren" Bedingungen zur Ausführung seines Rates mitwirken wolle.

Nach diesem Gesichtspunkte ist der Erlaß an Knyphausen vom 6. Mai[1]) aufzufassen, in welchem Friedrich die Gefahren darlegt, die ihn vorläufig wenigstens an der Ausführung seines eignen Vorschlags hindern: „60000 Russen und 80000 Österreicher bedrohten seine Grenzen, dabei dürfe er weder auf die Pforte noch auf Dänemark sicher zählen und ohne eine solche Deckung könne er nicht handeln; auch die Franzosen selbst hätten ihn im letzten Kriege nicht vertragsmäßig unterstützt. Das alles soll der Gesandte in höflichster Form dem französischen Minister vorstellen und überdies hinzufügen, daß Frankreich bei richtigen Anstalten in einem Feldzug Herr von Flandern sein könne; denn das Land sei schlecht geschützt und seine Festungen seien verfallen."

Luckwaldt[2]) meint nun: „Es ist unschwer zu erkennen, worauf es dem König ankam. Er wollte eine Allianz mit Dänemark und der Pforte, zu deren Zustandebringen ihm Frankreich helfen sollte: deshalb der Hinweis auf seine Feinde; er wollte ferner eine Erneuerung seines alten Bündnisses mit Frankreich unter besseren Bedingungen und mit stärkeren Garantieen: darum die Erinnerung an das treulose Benehmen Frankreichs im Jahre 1745; und er wollte endlich einen französischen Angriff auf Flandern; kurz, er wollte alles andere eher als eine ängstliche Bewahrung des europäischen Friedens." — Das sei unumwunden zugegeben, daß Friedrich keine „ängstliche" Bewahrung des europäischen Friedens wollte; eine ängstliche Politik hat der große Feldherr und Diplomat ebenso wenig getrieben wie eine „Politik der Einfälle" [3]) Aber daraus folgt noch keineswegs, daß er einen allgemeinen Krieg herbeizuführen gedachte. Was bedeutete ein Bündnis zwischen Preußen und Dänemark? — nur eine Gefahr für Hannover. Was bedeutete ein Bündnis zwischen Preußen und der Pforte? — zunächst Gefahr für Rußland und Österreich, mit dem England verbündet war, also wiederum Gefahr für England-Hannover.

Der Vorwurf der Treulosigkeit gegenüber den Franzosen erklärt sich damit, daß Friedrich sein Zögern bei der Erneuerung seines Vertrags mit Frankreich begreiflich machen will; und dieses Zögern hat, wie wir sehen

[1]) Pol. Korr. XI, 143—145.
[2]) A. a. O. S. 235/6.
[3]) Ibidem 232.

werden[1]), seinen Grund in dem Bestreben, die Engländer zu einer Annäherung an Preußen zu ermutigen.

Was aber wollte Friedrich schließlich mit seinem Rat zu einem französischen Angriff gegen die österreichischen Niederlande? Hätte er von demselben einen allgemeinen Krieg erwartet, an welchem er sich selbst beteiligen wollte, dann hätte er wohl auch hier die Ausführung seines Rates von denselben Bedingungen abhängig gemacht wie den Angriff gegen Hannover. Denn ob ein allgemeiner Krieg ausgebrochen wäre im Gefolge eines Angriffs auf Hannover oder eines solchen auf Flandern, wäre einerlei gewesen: im letzteren Falle hätte Friedrich ebenso auf eine vorherige Verstärkung seiner Stellung, auf eine Verbindung mit Dänemark und der Pforte dringen müssen wie im ersteren. Statt dessen steht der Rat zu einer Besetzung der österreichischen Niederlande vollständig außerhalb jenes Zusammenhangs; er ist nur am Schlusse des Erlasses anhangsweise hingeworfen, als ob derselbe ganz nach dem Belieben Frankreichs jederzeit zur Ausführung kommen könnte: Au surplus, vous ajouterez que, si l'on disposait bien ses affaires en France, on pourrait être le maître de la Flandre dans une seule campagne.[2])

Dagegen ist zu beachten, daß Friedrich einige Tage vorher erfahren hatte, zwischen England und Österreich bestehe sehr wenig Einigkeit über die Verteidigung der Niederlande.[3]) Die Engländer hatten nämlich wegen ihrer Handelsvorteile in den Niederlanden ein großes Interesse daran, daß dieses Gebiet nicht in die Hände Frankreichs geriet, und König Friedrich verfolgte ohne Zweifel die Absicht, durch einen französischen Angriff auf Flandern zwischen den Höfen von Wien und London Auseinandersetzungen über die Verteidigung dieses Gebietes hervorzurufen, die leicht zu einem Bruch führen konnten.

Ferner war von der Eroberung der österreichischen Niederlande wiederum Gefahr für Hannover zu erwarten; König Georg mußte fürchten, daß nach Flandern sein eignes Stammland das nächste Ziel der französischen Waffen sein werde.

Schließlich kann man in diesem Rate des königlichen Diplomaten zugleich den ersten Hinweis auf die Richtung sehen, wohin er die Kriegslust der Franzosen im Ernstfall von Deutschland abzuleiten gedachte. —

Allerdings wäre die Lage Österreichs „kritisch" geworden, „wenn die Pforte den Kaiserhöfen den Krieg erklärte, wenn zugleich ein französisches Heer in Flandern einrückte und ein dänisch-französischer Angriff auf Hannover den

---

[1]) Vergl. unten S. 11.
[2]) Pol. Korr. XI, 145.
[3]) Pol. Korr. XI, 133, 137, 140.

König von England an jeder direkten Unterstützung seiner Alliierten hinderte.“ [1]) Aber Luckwaldt versäumt vor allem nachzuweisen, daß Friedrich die Absicht gehabt habe, die Pforte zur Kriegserklärung gegen die Kaiserhöfe zu veranlassen; und wenn das dennoch der Fall gewesen wäre, so ist es immer noch kein genügender Beweis dafür, daß der König von Preußen sich selbst einmischen wollte. Allerdings wollte Friedrich nicht nur für den Augenblick seinem Lande den Frieden wahren, sondern sich auf diplomatischem Wege zugleich die Überlegenheit für einen künftigen Zusammenstoß mit Österreich sichern; aber eigne Kriegsabsichten des Königs lassen sich daraus nicht schließen.

Was ferner den „zornigen Eifer“ [1]) anlangt, mit welchem der König den Abschluß eines französisch-sächsischen Subsidienvertrages zu hintertreiben sucht, so kann derselbe keine Verwunderung erregen, wenn man bedenkt, daß Friedrich von den Schlichen der sächsischen Politik wohl unterrichtet war. Es ist eine vollständig genügende Begründung für sein Verhalten, wenn er darauf hinweist, „es passe ihm besser d'avoir un ennemi connu que de l'avoir caché.“ [1]) Graf Brühl hätte sich zweifellos keine Gelegenheit entgehen lassen, um zwischen Preußen und Frankreich Zwietracht zu säen, und diese Gelegenheit wäre gerade damals günstig gewesen; denn König Friedrich trieb ein doppeltes Spiel.

Während er den Franzosen Ratschläge für ihren Krieg mit England giebt, thut er alles, um wieder in ein besseres Verhältnis mit dem König-Kurfürsten zu gelangen. In dieser Frage hat Richard Waddington (le renversement des alliances en 1756, Revue historique, tome 58 p. 1—43 et p. 241—275) aus englischen Aktenstücken den wichtigen Nachweis erbracht, daß König Georg den ersten Annäherungsversuch seines preußischen Neffen Ende Mai 1755 zurückgewiesen hat.

Schon drei Monate vorher war Friedrich einer Aussöhnung mit dem König von England nicht abgeneigt. Der Erbprinz von Hessen-Kassel war nämlich zum Katholicismus übergetreten. Infolge dessen hatte der regierende Landgraf durch eine sogenannte Assekurationsakte die protestantische Erbfolge und den protestantischen Bekenntnisstand seines Landes gesichert. Als nun Preußen und England gleichzeitig als Garanten der hessischen Religionsverschreibungen auftraten, kam es zwischen beiden zum Austausch von Höflichkeitsbezeugungen. [2]) Jedoch konnten sich daraus für die sonstigen politischen Beziehungen zwischen den beiden verwandten Königen nach Friedrichs Ansicht zunächst keine Folgen ergeben; er bedauert das mit den Worten: je ne sais que trop, que le moment n'est pas venu encore, où l'on puisse parler

---

[1]) Luckwaldt, a. a. O. S. 239. Pol. Korr. XI, 243.

[2]) Pol. Korr. XI, 37.

du retour d'une amitié étroite.[1]) Der Beweis für die Richtigkeit dieses Urteils ist das ablehnende Verhalten des Königs Georg gegenüber dem Aussöhnungsversuch, welchen Friedrich bei Gelegenheit seiner Reise nach Wesel machte.[2]) Jedoch läßt er nicht nach in der Bemühung, bessere Beziehungen zu England anzubahnen: Ein englisch-braunschweigischer Heiratsplan und überhaupt die Annäherung seines Schwagers, des Herzogs von Braunschweig, an England findet Friedrichs Beifall und Unterstützung.[3]) Auf der anderen Seite erhält der französische Gesandte in Berlin, welcher Anfang Juni die Erneuerung des Vertrags von 1741 anbietet, ausweichende Antworten.[4]) Man darf jedoch daraus nicht schließen, Friedrich habe die Absicht gehabt, sein Bündnis mit Frankreich der Aussöhnung mit England zum Opfer zu bringen; vielmehr durfte er gerade damals nicht auf die Erneuerung seines Vertrages mit Frankreich eingehen, weil das die Engländer sicherlich nicht ermutigt hätte, den Versuch zu einer Annäherung an Preußen zu machen. Wenn ferner der König bald darauf der französischen Regierung seine Unzufriedenheit mit dem Gesandten La Touche mitteilen läßt[5]), so geschieht das nicht deshalb, weil er dessen Unfähigkeit jetzt erst erkannt hätte[6]), sondern ohne Zweifel in der Absicht, der französischen Regierung erklärlich zu machen, warum er sich weigerte, ernstliche Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrags von 1741 zu pflegen. —

Inzwischen war der Friedensbruch durch den Angriff des englischen Geschwaders auf das französische in den amerikanischen Gewässern und die Wegnahme von zwei französischen Kriegsschiffen erfolgt. Darauf begann die allgemeine Jagd der englischen Kriegsschiffe auf französische Kauffahrer, ohne daß eine Kriegserklärung von seiten der Engländer vorausgegangen war. Die erste Nachricht davon war am 26. Juli in Potsdam eingetroffen.[7])

Friedrich mußte annehmen, daß Frankreich alsbald energische Gegenmaßregeln ergreifen und seine Blicke zugleich auf die Niederlande und auf Hannover richten werde. Gerade jetzt aber zeigt das ganze Verhalten des Königs, wie wenig er gesonnen war, sich selbst am Kriege zu beteiligen. In der Audienz, welche er am 27. Juli dem französischen Gesandten erteilt, will er von einer Invasion Hannovers nicht mehr viel wissen und sein Rat geht dahin, möglichst bald über die österreichischen Niederlande herzufallen;[8]) er will offenbar weder

[1]) Pol. Korr. XI, 79; vergl. dagegen Luckwaldt, a. a. O. S. 250.
[2]) Rich. Waddington, a. a. O. S. 5—7.
[3]) Pol. Korr. XI, 192 ff.
[4]) Pol. Korr. XI, 170.
[5]) Pol. Korr. XI, 230, 231.
[6]) Pol. Korr. X, 17.
[7]) Pol. Korr. XI, 224.
[8]) Luckwaldt, a. a. O. S. 242/3; Broglie, a. a. O. 125, S. 21.

selbst gegen Hannover vorgehen noch die Franzosen in Hannover sehen und sucht deshalb die Kriegslust derselben auf Flandern abzuleiten. Aber ein solches Verhalten konnte in Frankreich leicht Mißtrauen erregen. Darum kehrt Friedrich in dem Erlaß an Knyphausen vom 29. Juli wieder den Gedanken eines Angriffs gegen Hannover hervor[1]), jedoch nicht in dem Sinne, als ob er selbst unter gewissen Bedingungen zu dieser Unternehmung bereit sei, sondern nur davon ist die Rede, daß Frankreich gegen das Kurfürstentum vorgehen und zu diesem Zweck sich mit dem König von Dänemark verbinden solle. Friedrich lebte dabei wohl der sicheren Überzeugung, Frankreich werde, wenn es überhaupt zu Lande kriegerisch auftreten würde, sich zunächst doch gegen die Niederlande wenden. Wenn mit keinem Worte angedeutet ist, wie Preußen sich stellen wird, so zeigt das eben, daß es sich ganz ruhig verhalten will. In dem Erlaß vom 2. August[2]) vollends läßt Friedrich durch seinen Gesandten zwar nicht offiziell, aber doch deutlich genug, erklären, im laufenden Jahre könne er um keinen Preis handeln; auch jetzt weist er wieder auf seine feindlichen Nachbarn und macht sein Eingreifen, insbesondere einen preußischen Angriff gegen Hannover auch für die Zukunft von denselben Bedingungen abhängig wie ein Vierteljahr früher, am 6. Mai. Natürlich sieht Luckwaldt auch hier wieder nur kriegerische Absichten; seine Beweisführung scheitert aber an denselben Erwägungen wie die Auslegung, welche er dem Erlaß vom 6. Mai gegeben hat. (Vergl. Seite 8—9.)

Wenn sich Friedrich am 2. August den kriegführenden Parteien als Friedensvermittler anbietet, so sieht Luckwaldt meines Erachtens mit Recht darin „kaum mehr als ein diplomatisches Manöver";[3]) aber was war der Zweck desselben? Die Antwort auf diese Frage ergiebt sich aus folgender Betrachtung: Eine zustimmende Erklärung der französischen Regierung bedeutete die Ablehnung jeder kriegerischen Unternehmung gegen Flandern und Hannover; eine zustimmende Erklärung des Hofes von London war ein sicheres Zeichen, daß trotz der Überlegenheit Englands zur See irgendwo der Schuh drückte; und das konnte nur die Stelle sein, gegen welche Friedrich in dem diplomatischen Feldzug der letzten Monate seine ganze Kraft konzentriert hatte, das Kurfürstentum Hannover. Der Friedensvorschlag des Königs von Preußen ist also nichts anderes als die Probe darauf, ob sein diplomatisches Verfahren, den lang ersehnten Erfolg gezeitigt habe, ob dem Kurfürstentum Hannover von seiten Frankreichs Gefahr drohe und ob der Hof von London darüber in Besorgnis sei.

---

[1]) Pol. Korr. XI, 228.
[2]) Pol. Korr. XI, 231/2.
[3]) Luckwaldt, a. a. O. S. 244.

Allein der nächste Bericht Knyphausens vom 24. Juli[1]) belehrte ihn, daß von seiten Frankreichs ein energisches Auftreten und damit eine Gefahr für Hannover schwerlich zu erwarten sei. Deshalb sucht Friedrich in dem Erlaß an seinen Gesandten in Paris vom 9. August die Franzosen abermals zu thatkräftigem Vorgehen gegen Flandern und Hannover aufzurütteln.

Zu der Sprache, welche dieser Erlaß führt, bemerkt Luckwaldt: „So regt man sich nicht auf nur im Interesse des lieben Alliierten; da müssen eigene Entwürfe schmählich zerstört sein.“[2]) Allerdings, aber es kommt doch darauf an, was denn das für Entwürfe sind. Luckwaldt meint natürlich kriegerische und stützt sich wieder auf die dringende Aufforderung zu einem Angriff gegen die Niederlande. Hätte Friedrich einen allgemeinen Krieg anzetteln wollen, so hätte er jedenfalls nicht so stark von einer Verbindung Frankreichs mit den deutschen Kleinstaaten Bayern, Hessen, Württemberg und Braunschweig abgeraten. Denn was hätte ihm angenehmer sein können, als diese im Falle eines allgemeinen Krieges auf seiten seines Bundesgenossen und damit auf seiner Seite zu wissen. Aber der König will von einer solchen Verbindung nichts wissen, weil er eine Beteiligung deutscher Fürsten an dem englisch-französischen Krieg verhindern und den Krieg von Deutschland fernhalten will. Daraus ergiebt sich wiederum der Schluß, daß Friedrich es auch zu einem wirklichen Angriff auf Hannover gar nicht kommen lassen wollte. Seine „Entwürfe“ gingen nicht weiter als auf eine Bedrohung des Kurfürstentums; und was er sich davon versprach, das begann sich allmählich zu verwirklichen.

Im Laufe des Sommers war nämlich eine Verstimmung zwischen den Höfen von London und Wien eingetreten, und zwar gerade in dem Punkte, wo Friedrich am 6. Mai einen Keil einzutreiben versucht hatte. Der englische Gesandte in Wien hatte von seiner Regierung den Auftrag erhalten, die Kaiserin zu erinnern, sie möchte ihren Verpflichtungen gemäß, angesichts des bevorstehenden Krieges die nötigen Anstalten zum Schutz der Niederlande treffen. Allein Graf Kaunitz entgegnete, Österreich könne keine Truppen entbehren, weil es gegen einen preußischen Angriff auf der Hut sein müsse; übrigens möge der König von England die Kaiserin als seine Verbündete betrachten nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen den König von Preußen.[3])

Zu dieser Weigerung Österreichs, den Engländern irgendwelche Hilfe zu leisten, kam der Umstand, daß damals wenig Neigung beim englischen Parlament vorhanden war, den notwendigen Kredit für den Abschluß eines Subsidienvertrags mit Rußland zu bewilligen.[4])

---

[1]) Pol. Korr. XI, 240—245. [2]) Luckwaldt, a. a. O. S. 245.
[3]) Broglie, a. a. O. 125, S. 30 ff. [4]) Ibidem S. 722/3.

Jetzt mußte sich der König-Kurfürst die wichtige Frage vorlegen: wenn Rußland nicht gewonnen wird und Österreich sich gleichgiltig verhält, wer verteidigt dann Hannover gegen eine französische Armee oder gegen den allezeit schlagfertigen König von Preußen?

In dieser Lage sah sich König Georg endlich gezwungen, seine seitherige Politik gegenüber seinem preußischen Neffen in eine freundlichere Bahn zu lenken und mit demselben Unterhandlungen anzuknüpfen; er war ohne Zweifel auch dazu ermutigt worden durch das Verhalten Friedrichs gegenüber den englisch-braunschweigischen Beziehungen.

Im Auftrag seines Herrn wandte sich der hannöverische Geheimeratspräsident Münchhausen an den Herzog von Braunschweig und erbat dessen Vermittlung, um den König von Preußen zu der Erklärung zu bewegen, daß er, im Falle eines französischen Angriffs auf die deutschen Besitzungen des Königs Georg, die Verteidigungsmaßregeln dieses Fürsten nicht hindern werde.[1]) Der Herzog von Braunschweig sandte das Schreiben Münchhausens an seinen in preußischen Diensten stehenden Bruder den Prinzen Ferdinand und dieser überlieferte es dem König.

Aber Friedrich entnahm der Geschichte der letzten Jahre zu gute Gründe, gegen die Welfenpolitik mißtrauisch zu sein, als daß er sich rückhaltlos auf weitere Unterhandlungen eingelassen hätte, zumal da ihm von englischer Seite noch gar keine positiven Anerbietungen gemacht worden waren; auch wußte er noch nichts von der Verstimmung und den Auseinandersetzungen zwischen den Höfen von Wien und London.

Ferner war gerade in jenen Tagen von Paris die Meldung eingetroffen, der Herzog von Nivernais werde als außerordentlicher Gesandter nach Berlin kommen, um dem König von Preußen die Absichten Frankreichs mitzuteilen und mit demselben den englischen Feindseligkeiten gegenüber die entsprechenden Maßregeln zu vereinbaren.[2]) Diese Nachricht mußte den König ganz besonders daran erinnern, daß er durch Verhandlungen mit England sich in die Gefahr begebe, mit seinem französischen Bundesgenossen in Differenzen zu geraten.

Diese Thatsachen bestimmten das Verhalten Friedrichs. In einem Schreiben an den Prinzen Ferdinand von Braunschweig lehnt er eine förmliche Erklärung ab, spricht über die Gefährdung des europäischen Friedens sein Bedauern aus, sowie seine Bereitwilligkeit, zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen England und Frankreich beizutragen. Außerdem möge der Herzog „wie aus eigner Initiative" darauf hinweisen, es sei zu wünschen, daß die preußisch-englischen

---

[1]) Pol. Korr. XI, 246 ff. [2]) Pol. Korr. XI, 240—242.

Irrungen bezüglich Ostfrieslands und bezüglich der preußischen Kauffahrer, welche die Engländer im letzten Kriege weggenommen hatten, beigelegt würden.[1])

Diese letztere Äußerung zeigt, daß Friedrich von vornherein gesonnen war, die Verhandlungen nicht wieder fallen zu lassen.

Einige Tage nach dem ersten Versuch Münchhausens begab sich der englische Minister Holdernesse zu dem Herzog von Braunschweig, um ebenfalls das Ersuchen auszusprechen, er möchte sich bei dem König von Preußen für die Sicherheit des Kurfürstentums Hannover verwenden.[2])

Aber dieser geht in einem „ostensiblen" Schreiben an den Herzog vom 12. August der Anfrage desselben ganz aus dem Weg und bietet abermals seine Vermittlung an für die Herstellung des Friedens. Dagegen erklärt er in einem vertraulichen Briefe an den Herzog von Braunschweig, die Engländer würden ihm die gewünschte Erklärung zwar niemals entwinden, jedoch sei es in seinem wie in des Herzogs Interesse, daß man sie nicht jede Hoffnung verlieren lasse; man könne sie hinhalten, indem man Aufklärung über alle möglichen Dinge verlange und immer neue Schwierigkeiten hervorziehe. Infolge der Besorgnis des Königs von England um sein Kurfürstentum kommt Friedrich auf den ganz richtigen Schluß, daß der Hof von London mit dem von Wien nicht zufrieden sei; sonst würde sich Georg niemals an ihn wenden.

König Friedrich sucht also jede entscheidende Erklärung zu vermeiden, während es sein Wunsch und Wille ist, die Verhandlungen in Atem zu halten und zu seinem Vorteil auszunutzen. Die größte Vorsicht war jedoch für ihn geboten, da es ihm darauf ankam, einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden und die französische Regierung auf die kommenden Ereignisse allmählich vorzubereiten. Die Verhältnisse schienen diesen Plan zu begünstigen; denn der außerordentliche Gesandte Frankreichs, welcher nächstens nach Berlin kommen sollte, war ein begeisterter Verehrer des Preußenkönigs und ein entschiedener Vertreter der preußischen Politik am Hof von Versailles. Friedrich denkt deshalb gar nicht daran, die angekündigte Sendung des Herzogs von Nivernais zu verzögern, wie Broglie meint;[3]) im Gegenteil, damit die Reise desselben ungehindert von statten gehe und der außerordentliche Gesandte bald nach Berlin komme, macht ihn Friedrich auf die Hemmnisse aufmerksam, die ihm unterwegs begegnen könnten.[4])

Auf der anderen Seite geht er darauf aus, den König-Kurfürsten noch mehr in die Enge zu treiben, indem er die Franzosen von neuem gegen Flandern

[1]) Pol. Korr. XI, 248/9.
[2]) Pol. Korr. XI, 251 ff.
[3]) Broglie, a. a. O. 125, S. 29.
[4]) Pol. Korr. XI, 245.

und Hannover auszuspielen sucht.[1]) Er will offenbar die Engländer durch sein Zögern mürbe machen, wenn er noch am 25. August[2]) jede positive Antwort verweigert und den Herzog von Braunschweig beauftragt, er möge in Hannover sagen, seine weitere Antwort werde nach seiner Rückkehr von den Manövern und von seiner Reise nach Schlesien erfolgen.

Aber gegen Ende des Monats August trafen Nachrichten ein, welche den König von Preußen zu einer raschen Entscheidung teils drängten, teils ermutigten. Von London meldet der dortige Vertreter Friedrichs: die Unterhandlungen mit Rußland schreiten vorwärts und sind ihrem Abschluß nahe. Der preußische Gesandte in Paris berichtet unter dem 17. August:[3]) man werde im Laufe dieses Jahres nichts von König Friedrich verlangen; die französische Regierung sei zum Frieden geneigt. Damit war gesagt, daß dem Kurfürstentum Hannover von seiten Frankreichs keine Gefahr drohe und Friedrich mußte deshalb befürchten, die Engländer würden ihm, namentlich nach dem Abschluß ihres Vertrages mit Rußland, keine guten Worte geben und die Verhandlungen wieder abbrechen.

Zugleich aber eröffnete die Meldung Knyphausens dem König die Aussicht, trotz eines Vertrags mit England in gutem Einvernehmen mit Frankreich bleiben zu können. Er billigt deshalb den Entschluß seines Gesandten, die Vorschläge zu einem Angriff auf Flandern und Hannover der französischen Regierung nicht mehr zu unterbreiten.

Auf der anderen Seite schien gerade jetzt die Gelegenheit günstig zu sein, nachdem von Wien die Nachricht gekommen war von Auseinandersetzungen mit dem Hof von London, welche nach Friedrichs Ansicht einen Bruch zwischen beiden Mächten wahrscheinlich machten.[4])

Unter diesen Umständen galt es das Eisen zu schmieden, so lange es noch heiß war. Deshalb ergeht am 1. September ein königliches Schreiben an den Herzog von Braunschweig:[5]) „Ich habe bedacht, daß mein Vertrag mit Frankreich im kommenden Frühjahr ablaufen wird; dann steht es mir frei, meinem Vorteil und meinem Belieben nach zu handeln; obwohl ich vorher keine andere Verbindlichkeit eingehen würde, so könnte man doch vielleicht, wenn mir von seiten des Königs von England vernünftige Vorschläge gemacht würden, zu dem Ziel gelangen, welches man sich bezüglich der Neutralität Hannovers gesteckt hat; man darf jedoch nicht erwarten, daß ich zuerst Eröffnungen machen werde, sondern man muß sich ohne Umstände erklären, indem man mit annehmbaren Vorschlägen herausrückt."

---

[1]) Pol. Korr. XI, 244, 260, 266, 267/8, 274/5. [2]) Pol. Korr. XI, 273.
[3]) Pol. Korr. XI, 281. [4]) Pol. Korr. XI, 279, 280. [5]) Pol. Korr. XI, 286/7.

Zu diesem Verfahren durfte sich Friedrich den Franzosen gegenüber innerlich berechtigt fühlen durch die Subsidienverhandlungen, welche trotz seiner wiederholten Einsprache[1]) zwischen Frankreich und Sachsen gepflogen wurden.[2])

Aber so sehr Friedrich auch wünscht, etwas mehr Zug in seine Verhandlungen mit England zu bringen, so ist er doch entschlossen, alles zu thun, um einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Nach Artikel VI des Vertrags von 1741 hatten sich die Könige von Preußen und Frankreich versprochen, keine Verpflichtung bezüglich Deutschlands und des Nordens zu übernehmen, bevor sie einander die betreffenden Anträge getreulich mitgeteilt hätten.[3])

Deshalb giebt Friedrich seinem Gesandten in Paris am 13. September den Auftrag, er möge dem Minister Rouillé unter der Hand bemerken, daß man ihm sehr bedeutsame und wichtige Eröffnungen gemacht habe, deren Einzelheiten er dem Herzog von Nivernais nach dessen Ankunft in Berlin mitteilen wolle.[4])

Zu diesem Schritt mag der König allerdings sich halb gezwungen gesehen haben, da die Annäherung zwischen Preußen und England nicht geheim geblieben war; dieselbe war von dem stets wachsamen Auge des österreichischen Gesandten am englischen Hof wahrgenommen worden[5]), und Friedrich konnte darum nicht zweifeln, daß auch die französische Regierung alsbald Kunde davon erhalten werde. Aber wie dem sein mag, ob Friedrich es freiwillig oder notgedrungen gethan hat, Thatsache ist, daß er der französischen Regierung seine Bereitwilligkeit, die ihm von den Engländern gemachten Vorschläge mitzuteilen, erklärt hat und wenn diese es unterließ, den Herzog von Nivernais sofort nach Berlin zu schicken, so hatte sie sich die Folgen ihres Verhaltens selbst zuzuschreiben, aber durchaus keinen Grund, über preußische „Treulosigkeit" zu schreien.

In den nächsten Wochen aber schreiten die preußisch-englischen Verhandlungen sehr langsam vorwärts. Die englische Erklärung, welche der Herzog von Braunschweig unter dem 8. Oktober einsandte, lautete sehr wenig befriedigend; sie enthielt nur die Anfrage, was der König von Preußen unter einem „annehmbaren Vorschlag" verstehe. Damit war die Forderung Friedrichs vom 1. September einfach zurückgegeben.

Außerdem wurde die Absicht ausgesprochen, einen englischen Minister zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin zu schicken; darauf aber konnte Friedrich aus Rücksicht auf Frankreich nicht eingehen.[6])

---

[1]) Pol. Korr. XI, 119, 168, 169, 243, 282. [2]) Pol. Korr. XI, 285.
[3]) Bernis I, 464. [4]) Pol. Korr. XI, 302. [5]) Pol. Korr. XI, 294—298.
[6]) Pol. Korr. XI, 330– 332.

Für ihn handelte es sich darum, das Heft nicht vorzeitig aus der Hand zu geben, sondern den Engländern positive Vorschläge auszupressen. Die preußische Antwort lautet deshalb sehr zurückhaltend. Mit welcher Vorsicht Friedrich zu Werke geht, zeigt der Umstand, daß der betreffende Erlaß[1]) erst nach vierfacher Redaktion unter dem 13. Oktober abgeschickt wurde: Preußen habe gegen die deutschen Besitzungen des Königs von England niemals feindliche Absichten gehabt und habe keine Rechte oder Ansprüche auf das Kurfürstentum Hannover. Er (Friedrich) wünsche nur die Erhaltung des Friedens, aber der König von England könne nicht verlangen, daß er die Verantwortung für die Zukunft übernehme und den Maßregeln seines eignen Verbündeten Grenzen vorschreibe. Es komme vor allem darauf an, ob sich Preußens Interessen mit denjenigen Englands vereinigen lassen und wenn man eine Erklärung von ihm fordere, so habe er ebenso gut das Recht, ein Gleiches zu thun.

In einem gleichzeitigen „vertraulichen" Schreiben[2]) an den Herzog von Braunschweig äußert sich Friedrich sehr mißtrauisch gegen die Engländer, ersucht jedoch den Vermittler, ihnen Hoffnungen zu machen und besonders noch darauf hinzuweisen, daß der Herzog von Nivernais im Auftrag der französischen Regierung nach Berlin komme, um mit Preußen vor dem Ablauf des alten Vertrages einen neuen zu schließen.

Am folgenden Tage (14. Oktober) giebt der König seinem Vertreter in London den Auftrag, bei seinen Besprechungen mit einflußreichen Persönlichkeiten den Gedanken hinzuwerfen, es sei eine gütliche Beilegung der preußisch-englischen Streitigkeiten zu wünschen.[3])

Allein die nächsten Wochen brachten wenig Klarheit über die Absichten der Engländer, ebenso wenig einen Fortschritt in den englisch-preußischen Verhandlungen. Trotzdem der Subsidienvertrag mit Rußland endlich zu stande gekommen war, schien die Kriegslust jenseits des Kanals nachzulassen. Deshalb richtet Friedrich am 28. Oktober[4]) an Michell die dringende Frage, ob in dem Falle, daß der König von England und seine Berater zu einem Ausgleich mit Frankreich geneigt seien, sich auch das Parlament und die Nation dafür gewinnen lassen oder dennoch zum Kriege drängen werden. Die Antwort sollte ihm Michell durch eine Stafette überbringen lassen; dieselbe war deshalb von so großer Wichtigkeit, weil beim Ausbruch des Krieges König Georg auf die Sicherheit seines Kurfürstentums bedacht sein mußte und sich gezwungen sah, dem König von Preußen positive Vorschläge zu machen.[5])

In dieser Zeit der Ungewißheit hatte König Friedrich keine Veranlassung

---

[1]) Pol. Korr. XI, 232—336. [2]) Pol. Korr. XI, 337. [3]) Pol. Korr. XI, 338.
[4]) Pol. Korr. XI, 356. [5]) Vergl. Luckwaldt, a. a. O. S. 260/1.

zu dem Wunsche, den außerordentlichen Gesandten Frankreichs bald in Berlin zu sehen. Er übergeht deshalb die Verzögerung seiner Ankunft mit Stillschweigen.

Den wiederholten Aufforderungen seines Herrn, ihm über die Instruktionen des Herzogs von Nivernais Bericht zu erstatten, antwortet Knyphausen endlich am 24. Oktober:[1]) Frankreich will sich zunächst auf den Seekrieg beschränken; hat es hier keinen Erfolg, so will es die Garanten des Aachener Friedens anrufen, nur um einen Vorwand zum Beginn eines Landkrieges zu haben und die Verbündeten Englands hineinzuziehen. Preußen soll dann das Kurfürstentum Hannover angreifen, Frankreich wird dafür sorgen, daß die Russen fern bleiben und wird selbst gegen die Niederlande vorgehen. Der preußisch-französische Vertrag von 1741 soll ganz nach dem Belieben des Königs von Preußen erneuert werden. Schließlich soll Nivernais sich eine sichere und genaue Kenntnis von den Vorschlägen verschaffen, welche der König von England dem von Preußen gemacht haben soll, und sich über die Aufnahme derselben in Potsdam unterrichten.

Da Friedrich keine Nachricht von den Ereignissen hatte, die sich seit Anfang des Monats September im tiefsten Geheimnis am französischen Hof abgespielt hatten, so mußte er die Angaben Knyphausens für richtig halten. Die Aufträge des Herzogs entsprachen vollständig der Haltung, welche die französische Regierung seither an den Tag gelegt hatte.

Für Hannover war zunächst keine Gefahr von seiten der Franzosen zu erwarten. Ferner war nicht anzunehmen, daß Frankreich entscheidende Erfolge zur See erringen werde, und in diesem Falle gedachte die französische Regierung an den König von Preußen die Forderung zu stellen, er solle Hannover angreifen. Daß aber Friedrich darauf nicht eingehen konnte, war ihm längst klar, und wie fest er entschlossen war, unter keinen Umständen einem solchen Wunsche der Franzosen nachzukommen, zeigt die verächtliche Weise, mit welcher er die französischen Forderungen behandelt: „So unbestimmt und erbärmlich die Instruktion des Herzogs ist, so verrät sie mir doch wenigstens, worauf diese Leute hinaus wollen.“[2]) Jedoch mußte er befürchten, seine Weigerung könnte den Hof von Versailles verstimmen, ja sogar einen Bruch mit demselben herbeiführen. In dieser Lage mußte Friedrich darauf bedacht sein, für alle Fälle seine eigne Stellung zu decken, und drängt deshalb auf eine rasche Entscheidung seiner Verhandlungen mit England. Er möchte vor allem etwas Positives in der Hand haben, bevor der Herzog von Nivernais nach Berlin kommt[3]), und hat deshalb alle Ursache, die Herreise des außerordentlichen Gesandten zu verzögern. Als

[1]) Pol. Korr. XI, 371—374. [2]) Pol. Korr. XI, 373. [3]) Pol. Korr. XI, 379, 398.

Knyphausen unter dem 17. November meldet[1]), die Absendung des Herzogs werde beschleunigt, weil England den König von Preußen auf seine Seite zu ziehen suche, läßt Friedrich das ableugnen und erklären, weder er selbst noch der Herzog von Braunschweig habe eine Verpflichtung gegen England übernommen. Das thut er offenbar in der Absicht, den außerordentlichen Gesandten Frankreichs noch fern zu halten.

Den entscheidenden Schritt that endlich Michell, der preußische Vertreter in London. Er bat den englischen Staatssekretär Fox um eine Abschrift des inzwischen mit Rußland abgeschlossenen Subsidienvertrags, mit der Bemerkung, diese Mitteilung würde sicherlich den Anfang eines besseren Einvernehmens mit dem König, seinem Herrn, bedeuten.[2]) Sein Wunsch wurde erfüllt, und Michell erhielt eine Abschrift des Vertrags samt den Geheimartikeln, sowie die Versicherung, man sei bereit, nicht nur alle früheren Garantieverträge mit Preußen zu erneuern, sondern auch in noch engere Beziehung zu König Friedrich einzutreten; man wolle Deutschland vor dem Kriegsfeuer bewahren; der König von Preußen halte in der einen Hand den Ölzweig, in der anderen das Schwert; England biete gern die Hand dazu, die Streitigkeiten über die Wegnahme preußischer Handelsschiffe im letzten Krieg zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.[3])

Auf diese Eröffnungen hin geht Friedrich am 7. Dezember[3]) auf positive Verhandlungen ein und schlägt vor: Neutralität Deutschlands für die Zeit der gegenwärtigen Wirren, Erneuerung der englischen Gewähr für Schlesien, Beilegung der Irrungen, welche wegen der Wegnahme preußischer Kauffahrer entstanden waren.

Nach diesen Gesichtspunkten wurde der Vertrag in London alsbald entworfen und dieser Entwurf in Berlin nur in einem einzigen Punkte geändert, und zwar dahin, daß die österreichischen Niederlande ausdrücklich von der Neutralität ausgenommen wurden. Friedrich wollte damit den Franzosen die Möglichkeit eines Angriffs auf Flandern, zu welchem er selbst geraten hatte, offen halten. — Auch daraus sucht Luckwaldt zu Ungunsten des Preußenkönigs Kapital zu schlagen.[4]) Doch wer möchte es ihm zumuten, die Besitzungen seiner Todfeindin gegen seinen eignen Bundesgenossen in Schutz zu nehmen! Wer möchte es Friedrich dem Großen verdenken, wenn er sich weigert, sein Bundesverhältnis zu Frankreich um der österreichischen Niederlande willen aufs Spiel zu setzen!

Die Unterzeichnung der Neutralitätskonvention erfolgte am 16. Januar 1756.

Gegen eine friedliche Tendenz derselben macht Luckwaldt noch geltend, daß

---

[1]) Pol. Korr. XI, 408/9. [2]) R. Waddington, a. a. O. S. 12.
[3]) Pol. Korr. XI, 418/9. [4]) A. a. O. S. 265.

ja die Stellung der europäischen Mächte Anfang Dezember 1755 gar nicht danach angethan gewesen sei, um dem König den Frieden des Kontinents als schwer gefährdet erscheinen zu lassen; um etwas sichern zu wollen, müsse man es doch für bedroht halten.[1])

Demgegenüber ist zunächst zu bemerken, daß der Wunsch Friedrichs, freundschaftliche Beziehungen zu England anzuknüpfen, doch nicht erst Anfang Dezember auftaucht, sondern ihn schon seit Frühjahr beschäftigt. Dann aber hat König Friedrich jederzeit, wie z. B. in dem erwähnten Brief[2]) an seinen Bruder, den Prinzen August Wilhelm, die ihm drohende Kriegsgefahr als den Grund seines Anschlusses an England bezeichnet.

Mit welchem Recht wird dieser bestimmten Erklärung des Königs gegenüber angenommen, sie sei erlogen? Ist etwa das, was wir jetzt über seine Lage wissen, geeignet, an der ihm drohenden Gefahr zu zweifeln?

Ganz im Gegenteil wissen wir, daß seine Lage noch viel bedrohter war, als er selber wußte; von der Verschwörung, welche im Herbst 1755 durch den Grafen Starhemberg in Versailles gegen ihn angezettelt ward, hat er ja damals gar nichts erfahren. Begänne eine Kriegsgefahr, wie Luckwaldt anzunehmen scheint, erst in dem Augenblick, in welchem der Krieg selber ausbricht, dann würde ja auch das Recht der Notwehr erst dann beginnen, wenn der Angegriffene bereits totgeschlagen ist.

Es bleibt dabei: die Westminsterkonvention ist ein Akt der Friedenspolitik Friedrichs des Großen; Friedrich will nicht mehr und nicht weniger als seine eigne Stellung sichern. Diese friedliche Absicht, welche er mit dem scheinbar kriegerischen und unpatriotischen Rat vom 5. April 1755 verfolgt hatte, schien erreicht zu sein. In die österreichisch-russisch-englische Koalition, welche seinen Staat mit dem Untergang bedrohte, hatte der Preußenkönig eine bedeutende Bresche gelegt. Es war nicht zu erwarten, daß die vom englischen Geld abhängigen Russen gegen Preußen ins Feld ziehen würden. Preußen war also gesichert gegen Rußland und damit gegen Österreich. Wenn Frankreich seinem alten Bundesverhältnis zu Preußen treu blieb, so war die Ruhe von Deutschland und Europa jeder Gefahr enthoben und ein Krieg auf dem Festlande ausgeschlossen. Allein am Hof von Versailles hatte sich seit Herbst 1755 ein Umschwung vollzogen, der durch alle „Geschicklichkeit und Vorsicht" nicht mehr rückgängig zu machen war.

---

[1]) A. a. O. S. 264. [2]) Vergl. oben S. 4 ff.

II.

Als Friedrich der Große der französischen Regierung den Rat gegeben hatte, beim Ausbruch des Krieges mit England sofort einen Angriff auf das Kurfürstentum Hannover zu unternehmen, war es für den Hof von Versailles ein sehr nahe liegender Gedanke, der König von Preußen sei bereit, eine solche Unternehmung nicht nur zu unterstützen, sondern sogar selbständig auszuführen. Deshalb wurde dem preußischen Gesandten in Paris die Antwort zu Teil:[1]) Wenn sich die Absichten der Engländer wirklich als offensiv erweisen würden, so müsse man einen Einfall in Hannover machen, und zwar schmeichle man sich mit der Hoffnung, Preußen werde dabei nicht nur mitwirken, sondern sogar selbständig vorgehen; man wisse wohl, daß die Verpflichtungen zwischen Preußen und Frankreich sehr allgemeiner Natur seien, aber die Interessen der beiden Höfe seien so eng mit einander verbunden, daß Preußen seine Hilfe gegen gemeinsame Feinde nie versagen werde; man denke wohl daran, daß der König zwei mächtige Nachbarn, Rußland und Österreich, zu fürchten habe, allein er könne durch einen raschen Handstreich gegen Hannover die Engländer zum Frieden zwingen, bevor die Russen und Österreicher eingreifen würden; man werde im Fall des Friedensbruches von seiten der Engländer den Marschall Löwendahl nach Berlin schicken, um dem König von Preußen die Absichten Frankreichs mitzuteilen und einen Operationsplan mit ihm zu beraten.

Demnach hatte sich die französische Regierung durchaus nicht verborgen, daß sie vertragsmäßig eigentlich kein Recht habe, an den preußischen Bundesgenossen das Ansinnen eines Angriffs auf Hannover zu stellen, und daß eine solche Unternehmung für Preußen große Schwierigkeiten und Gefahren in sich schließe. Ohne Zweifel hat der Rat Friedrichs, welcher den Gedanken nahe legte, er sei zu einem Angriff gegen Hannover bereit, nicht geringes Erstaunen bei der französischen Regierung hervorgerufen. Wenn diese es trotzdem wagte, dem König von Preußen eine solche Zumutung zu machen, so geschah das lediglich infolge der Thatsache, daß die Initiative dazu von Berlin ausgegangen war. Als aber Friedrich wenig Neigung zeigte, diese Forderung zu erfüllen, war anzunehmen, daß er mit seinem Rat, durch welchen er die Aufmerksamkeit der französischen Regierung absichtlich auf das Kurfürstentum Hannover gelenkt hatte, irgend einen Hintergedanken verfolgte. Der Widerspruch zwischen dem gegebenen Rat und der Weigerung des Ratgebers, zur Verwirklichung seines Vorschlags irgendwie beizutragen, erregte in Frankreich nicht mit Unrecht Mißtrauen oder ließ das Verhalten Friedrichs wenigstens rätselhaft erscheinen. Um

[1]) Pol. Korr. XI, 143/4, 148.

sich Klarheit zu verschaffen, gab man dem Sekretär Darget, einem Franzosen in preußischen Diensten, der sich gerade damals vorübergehend in Frankreich aufhielt, bei seiner Rückkehr nach Berlin den Auftrag, die Gesinnung seines Herrn, des Königs von Preußen zu erforschen. Als aber keine befriedigende Antwort erfolgte, entschloß man sich zu einer deutlicheren Anfrage und gab dem französischen Gesandten am preußischen Hof die Weisung, die Erneuerung des Vertrags von 1741 anzubieten. Durch die ausweichenden Antworten Friedrichs und seines Ministers Podewils wurde die französische Regierung in ihrem Mißtrauen bestärkt.[1]) Infolge dessen hören wir im Lauf des Sommers nichts mehr von einer erneuerten Aufforderung zu einem preußischen Angriff auf das Kurfürstentum des Königs von England, im Gegenteil meldet Knyphausen unter dem 17. August[2]), Friedrich könne überzeugt sein, daß man im laufenden Jahre nichts mehr von ihm verlangen werde.

Wenn sich auch nicht sagen läßt, die französische Regierung habe den Gedanken einer Unternehmung gegen Hannover während der Sommermonate vollständig gestrichen, so ist derselbe doch sehr zurückgetreten. Den Angriff selbst ins Werk zu setzen, daran konnte Frankreich nicht denken, solange nicht Österreich seine Einwilligung dazu gab; daran, es trotzdem zu thun, hat wohl nie eine Regierung gedacht, die nicht einmal die österreichischen Niederlande anzutasten wagte.

Über die damaligen Vorgänge und Stimmungen am französischen Hof giebt uns der Abbé Bernis eine merkwürdige Darstellung[3]): Der preußische Gesandte Knyphausen beklagte sich bei mir, sein Herr sehe sich bloßgestellt, weil man keine Maßregeln gemeinsam mit ihm ergreife; man müsse den Feinden zuvorkommen; wenn der König von Frankreich in die Niederlande einrücke, sei sein Herr bereit, an der Spitze von einhundertvierzigtausend Mann in Böhmen einzubrechen. Diese vertraulichen Eröffnungen, welche mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit gemacht wurden, hinterbrachte ich getreulich dem König, war aber sehr erstaunt, als ich erfuhr, daß Knyphausen das, was er mir ins Ohr sagte, von den Dächern predigte. Diese Verstellung schien mir verdächtig. Da traf die Nachricht ein (17. Juli) von dem Friedensbruch der Engländer. Im königlichen Ministerrat traten nun zwei Ansichten einander gegenüber: die einen glaubten immer noch, der Krieg sei zu vermeiden; Graf d'Argenson und alle Offiziere dagegen waren der Meinung, der Angriff der Engländer sei anzusehen als die Ausführung eines schon lange mit den Verbündeten Englands verabredeten Planes; deshalb müsse man ihren Maßregeln Einhalt thun durch

---

[1]) Broglie: L'alliance autrichienne, Revue des deux mondes, t. 125, p. 25—27.
[2]) Pol. Korr. XI, 281. [3]) Bernis I, 211 ff.

Eroberung der österreichischen Niederlande. Rouillé, der Minister des Auswärtigen, vertrat diese Ansicht durch Denkschriften, auf welche der Marineminister Machault und die übrigen durch entgegengesetzte Denkschriften antworteten. Da auch ich der festen Überzeugung war, daß England sich nicht erklärt hätte ohne die Zustimmung des Wiener Hofes, so bestand ich ebenfalls auf der Notwendigkeit, dem Zusammenwirken unsrer Feinde zuvorzukommen. Der ganze Hof, sogar die Frauen, schlug sich auf die eine oder andere Partei. Die Offiziere kamen in großer Anzahl nach Compiègne an den Hof, um Kriegsdienste zu nehmen. Die Minister der auswärtigen Höfe waren Augen- und Ohrenzeugen davon, wie aus den wichtigsten Dingen durchaus kein Geheimnis gemacht wurde. Der Ministerrat faßte endlich den Beschluß, keinen Entschluß zu fassen, mit England zu verhandeln, sich langsam für den Seekrieg zu rüsten und den englischen Schiffen die Häfen Frankreichs offen zu lassen, während sich die Engländer aller französischen Schiffe bemächtigten. Der Einfall in die Niederlande wurde ebenfalls abgelehnt.

Unter diesen Umständen begann Knyphausen wieder seine Erklärungen mit einer beispiellosen Unverschämtheit und Rückhaltlosigkeit, und eines Tages, als er mit ungewöhnlicher Heftigkeit sprach, konnte ich nicht umhin, ihm zu sagen: Wenn ich Minister des Auswärtigen wäre, so würde ich aus der Heftigkeit, mit welcher Sie den doppelten Einfall in Böhmen und in die Niederlande predigen, schließen: Ihr Herr wolle uns in seinem Interesse in einen Krieg mit dem Hof von Wien verwickeln; und wenn dieses Anerbieten von uns zurückgewiesen werde, so werde er seine Schuldigkeit uns gegenüber gethan zu haben glauben und vielleicht unter dem Vorwand, für seine eigne Sicherheit sorgen zu müssen, Abmachungen mit unsern Feinden treffen. Ich war Prophet, ohne es zu wissen. Der König von Preußen begann wirklich, durch Vermittlung des Herzogs von Braunschweig in Unterhandlungen mit England zu treten, aber wir wußten damals noch nichts davon. Einige Zeit nach dieser Unterredung änderte Knyphausen Ton und Sprache. Er äußerte sich sehr lobend über das friedliche System des Königs und gab zu, das Interesse der Nation verlange die Beschränkung des Krieges auf die See; er bot mir sogar im Auftrag seines Herrn Pläne an, welche unfehlbar zur Niederwerfung Englands führen sollten. Dieser Wechsel bestätigte meinen Verdacht; ich zweifelte nicht mehr daran, daß uns der König von Preußen im Stich lassen werde. Ich teilte meine Gedanken dem Ministerium mit, aber mit Ausnahme des Königs und vielleicht Machaults war in demselben alles preußisch. Indem man jedoch bei der Frau von Pompadour auf die Gefahr hinwies, welche darin liege, daß man nicht wisse, woran man sich mit dem König von Preußen halten solle, entschloß man sich einige Monate später, den Herzog von Nivernais nach Berlin zu schicken,

und er wurde damals schon für diese wichtige Sendung bestimmt. [„Cependant, à force d'insister auprès de madame de Pompadour sur le danger, qu'il y avait de ne pas savoir à quoi s'en tenir avec le roi de Prusse, on se détermina, quelques mois après, à envoyer à Berlin le duc de Nivernais et il fut désigné dès alors pour remplir cette importante commission."]

Das auffallendste in der Erzählung des Abbé sind die kriegerischen Anerbietungen, welche der preußische Gesandte ihm gemacht haben soll. In den Erlassen Friedrichs an Knyphausen findet sich nirgends ein Auftrag zu denselben. Man könnte nun annehmen, Friedrich habe seinem Gesandten solche Instruktionen mündlich gegeben bei einer Zusammenkunft mit demselben in Wesel im Monat Juni; allein auch in diesem Fall könnten entsprechende Andeutungen in der Korrespondenz zwischen dem König und Knyphausen nicht gänzlich fehlen.

Überdies bewegt sich die Darstellung des Abbé Bernis in einem Widerspruch: wenn er selbst „in der festen Überzeugung, daß England sich nicht erklärt hätte ohne die Zustimmung des Wiener Hofes, auf der Notwendigkeit bestand, dem Zusammenwirken der Feinde zuvorzukommen", was hätte ihm dann angenehmer sein können als die angeblichen Eröffnungen des preußischen Gesandten? Statt dessen will Bernis große Entrüstung über dieselben gezeigt haben.

Angesichts dieser Thatsachen ist die Erzählung des Abbé stark in Zweifel zu ziehen. Doch ist es wohl Aufgabe des Historikers, klar zu legen, bis zu welchem Grade die von Bernis vorgetragenen Dinge auf Wahrscheinlichkeit Anspruch machen und welche Gründe ihn zur Entstellung der Wahrheit veranlaßt haben können. Zu einem Angriff gegen die österreichischen Niederlande hat Knyphausen die französische Regierung sicherlich aufgefordert; denn dazu war er von seinem Herrn beauftragt worden.[1]) Für die leichte Ausführbarkeit dieses Vorschlags hat der preußische Gesandte jedenfalls geltend gemacht, Österreich werde aus Furcht vor Preußen keine bedeutenden Truppenmassen in die Niederlande schicken. Als dann nach dem englischen Friedensbruch der Gedanke eines französischen Angriffs auf die Niederlande am Hof von Versailles vielfach in Erwägung gezogen wurde, hat sich Knyphausen ohne Zweifel auf die Seite der Kriegspartei gestellt und, ohne Auftrag seines Herrn, sich vielleicht zu dem Anerbieten eines preußischen Einfalles in Böhmen hinreißen lassen, um einen letzten Versuch zu machen, die französische Regierung aus ihrer Unthätigkeit aufzurütteln. Teilweise ist dieses Verhalten des preußischen Gesandten auch zu erklären als eine Folge des Erlasses vom 8. Juli[2]), welcher von österreichisch-russischen Kriegsberatungen meldete und auf alle Fälle einen Krieg für Preußen nahe erscheinen ließ.

---

[1]) Pol. Korr. XI, 145. [2]) Pol. Korr. XI, 198/9.

Der Zweck, welchen Bernis mit seiner unrichtigen Darstellung verfolgt, geht unverkennbar dahin, das am französischen Hof herrschende Mißtrauen gegen den König von Preußen positiv zu begründen. In Wirklichkeit war der erste Anstoß zu demselben, wie wir gesehen haben, gegeben durch die Weigerung Friedrichs, seinen eignen Rat zu einem Angriff gegen das Kurfürstentum Hannover auszuführen. Wenn nun auch dieser Gedanke bei der französischen Regierung im Laufe des Sommers in den Hintergrund getreten war, so bestand das Mißtrauen gegen den königlichen Verbündeten doch fort. Nach Bernis soll von einem Angriff auf Hannover, sei es von einem preußischen, sei es von einem französischen, niemals die Rede gewesen sein; vielleicht will er nicht zugestehen, daß Frankreich jemals eine solche Unmöglichkeit wie einen Einfall in die deutschen Besitzungen des Königs von England von seinem Bundesgenossen verlangt habe. Der Hauptgrund für die entstellende Erzählung des Abbé liegt jedoch meines Erachtens nirgendswo anders als in seiner Eitelkeit. Er läßt deutlich genug die Absicht hervortreten, zu zeigen, daß er der erste gewesen sei, der Mißtrauen gegen den König von Preußen hegte und dessen Pläne durchschaute, während die (thörichten) Mitglieder des Konseil fast alle „preußisch" waren. Aber trotz aller Unrichtigkeiten ergiebt sich aus dem Bericht des Abbé Bernis, daß die außerordentliche Sendung des Herzogs von Nivernais nach Berlin nur veranlaßt war durch das Mißtrauen gegen den König von Preußen und nur den Zweck hatte, über die geheimen Absichten Friedrichs nähere Aufklärung zu schaffen.

Unter dem 24. Juli hatte Knyphausen seinem Herrn berichtet[1]): Der Minister Rouillé habe ihn zu sich rufen lassen und ihm gesagt, seine allerchristlichste Majestät, die nichts mit größerem Verlangen wünsche, als dem König von Preußen bei jeder Gelegenheit Beweise ihres Vertrauens zu geben, habe den Herzog von Nivernais bestimmt, als außerordentlicher Gesandter nach Berlin zu gehen, dem königlichen Bundesgenossen die Absichten Frankreichs mitzuteilen und die Maßregeln zu besprechen, welche den Feindseligkeiten der Engländer gegenüber zu ergreifen seien.

In dem Erlaß vom 9. August[2]) erklärt Friedrich seine Bereitwilligkeit, den Herzog zu empfangen, und giebt dem Wunsche Ausdruck, ihn längere Zeit in Berlin sehen zu dürfen.

Aber die Ankunft des Herzogs an seinem Bestimmungsort zog sich hinaus bis zum 12. Januar des nächsten Jahres. Dieser Verspätung wurde seither im allgemeinen keine große Bedeutung beigemessen. Gewöhnlich wurde dieselbe dem Schlendrian, welcher die französische Regierung damals beherrschte, auf die

[1]) Pol. Korr. XI, 240/1. [2]) Pol. Korr. XI, 245.

Rechnung gesetzt. In neuerer Zeit hat der Herzog von Broglie[1]) Erwägungen über diesen Punkt angestellt, ohne jedoch zu einem bestimmten Resultat zu gelangen: er kann nicht glauben, daß Frankreich vor allem den Zusammentritt des englischen Parlamentes habe abwarten wollen oder daß die Uneinigkeit der französischen Minister die lange Verzögerung verschuldet habe; ebenso unbegreiflich sind ihm die Instruktionen, welche der Herzog schließlich mitbekam.

Wenn sich die Abreise des außerordentlichen Gesandten etwa nur bis Ende August hinausgeschoben hätte, so wäre das wohl erklärlich. Denn die Genehmigung seiner Sendung von seiten des Königs von Preußen ist ungefähr am 20. August in Versailles eingetroffen.

Allerdings konnte eine so hochstehende Persönlichkeit wie der Herzog von Nivernais, der zugleich Pair von Frankreich und Grande von Spanien war und sich durch seine schriftstellerische Thätigkeit einen Ruf erworben hatte, „nicht sofort abgeschickt werden wie ein Gesandtschaftskurier; er bat um Zeit, sein Gebiet zu studieren und sich auf sein Erscheinen in Deutschland entsprechend vorzubereiten; er verlangte weitläufig ausgearbeitete Weisungen für alle Fragen, welche auf das gegenseitige Verhältnis der beiden Länder Bezug hatten, und man erlaubte ihm sein Zögern um so lieber, als das ganz nach dem Wunsche einiger Minister war."[2])

Aber bis zum Januar hätte sich die Ankunft des Herzogs in Berlin trotz alledem nicht verzögern können, wenn sich nicht seit Ende August am Hof von Versailles Vorgänge abgespielt hätten, welche den alten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich ein Ende bereiten und der Sendung des Herzogs von Nivernais eine ganz andere Bedeutung verleihen mußten.[3])

---

[1]) A. a. O. t. 125, p. 756—761. [2]) Broglie, a. a. O. t. 125, p. 28.
[3]) Bernis I, 222 ff.

Lebenslauf.

Ich, Adam Heußel, bin geboren am 5. Oktober 1870 zu Raibach bei Groß-Umstadt als Sohn des Volksschullehrers Adam Heußel.

Nachdem ich im Herbst 1889 das Gymnasium zu Aschaffenburg absolviert hatte, bezog ich die Universität Gießen, um Theologie zu studieren, und beschäftigte mich nebenbei vorzugsweise mit Geschichte. Im Frühjahr 1893, nach bestandener theologischer Fakultätsprüfung, ging ich für ein Jahr auf das Predigerseminar in Friedberg und legte im Herbst 1894 das zweite theologische Examen (Schlußprüfung) in Darmstadt ab. Darauf widmete ich noch ein Semester philosophischen und namentlich geschichtlichen Studien, deren Ergebnis vorliegende Arbeit ist, trat im August 1895 in den Dienst der hessischen Landeskirche ein und bestand am 22. November desselben Jahres das mündliche Promotionsexamen, und zwar in Geschichte als Hauptfach, in Philosophie und semitischer Philologie als Nebenfächern.

Druck von C. G. Röder in Leipzig.